



Verantwortung kennt keine Grenzen

Landeskomitee unterstützt Initiative für ein Lieferkettengesetz

Als Landeskomitee der Katholiken in Bayern sehen wir im Schutz der Menschen und unserer Umwelt eine zentrale Aufgabe. Für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen darf in unseren Gesellschaften kein Platz sein - nicht in Bayern, nicht in Deutschland und auch nicht anderswo. Wir treten ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden - auch im Ausland. Daher unterstützt das Landeskomitee der Katholiken in Bayern die Initiative für ein Lieferkettengesetz, in dem sich ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Organisationen zusammengeschlossen hat (www.lieferkettengesetz.de), und fordert die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Berichte von einstürzenden Textilfabriken in Asien, von brennenden Regenwäldern in Lateinamerika oder Kindern, die in indischen Steinbrüchen arbeiten müssen, mehr und mehr der Vergangenheit angehören.

Verantwortung kennt keine Grenzen: Wer weltweit Geschäfte macht, muss auch weltweit Verantwortung übernehmen. Unternehmer, Politiker und Konsumenten müssen gemeinsam daran arbeiten, dass Menschen in allen Ländern einen würdigen und angemessenen Lohn für ihre Arbeit erhalten und dass der Profit die drängenden Fragen nach Klima- und Umweltschutz nicht in den Hintergrund rückt. Ein *gutes Leben* für alle Menschen - das Weltgemeinwohl - muss das Ziel sein, auf das wir gemeinsam hinarbeiten, und muss gleichermaßen der Ansporn sein, immer wieder nach Verbesserungen zu suchen. In einer globalisierten und vernetzten Welt wie der unseren kann sich niemand dieser Verantwortung entziehen.



Symbolbild: Adobe Stock / Maestro7

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht genug sind, um Mensch und Natur vor Ausbeutung zu schützen. Die Abläufe in den verschiedenen Stufen der Herstellung, der Verarbeitung und des Vertriebs von global angebotenen Waren und Dienstleistungen (Lieferketten) sind komplex und für den Einzelnen kaum durchschaubar. Das haben einige Unternehmen weltweit über Jahre ausgenutzt - auch, weil sie keine wirklichen Sanktionen zu befürchten hatten. Es braucht hinreichende, verpflichtende Standards und einen gesetzlichen Rahmen, damit Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, dafür rechtlich belangt werden können. Nur wenn sich skrupellose Geschäftspraktiken nicht länger lohnen, kann hier eine Verbesserung für Mensch und Natur entstehen.

Zivilgesellschaftlich und politisch wächst die Unterstützung für das Projekt. Dass auch Unternehmen die Dringlichkeit eines solchen Gesetzes erkannt haben, zeigt sich an der Stellungnahme anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte, zu dem sich 42 deutsche Unternehmen für die Einführung eines Lieferkettengesetzes ausgesprochen haben. Diesen Schritt begrüßen wir sehr, ebenso die klaren Worte von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Gleichwohl sind wir alle auch als Konsumenten und Verbraucher gefragt: jeder kann einen Beitrag für mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit leisten, indem er sich über Herkunft und Produktionsbedingungen informiert, bevor er etwas auf den Kassentresen legt.



Die Lieferketten von global angebotenen Waren und Dienstleistungen sind so komplex, dass sie für den Einzelnen kaum durchschaubar sind. Ein Lieferkettengesetz kann hier Klarheit schaffen - für Beschäftigte, Unternehmer und Käufer.
Symbolbild: Adobe Stock / Production Perig

*Vom Präsidium des Landeskomitees der Katholiken in Bayern
am 16. Dezember 2019 beschlossen.*